

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/54

NÜRNBERG - SPD-PARTYTAG
19. März 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Eine hellwache SPD 69

Weder Juniorpartner noch Beifahrer

1a Frau Präsident ! 17

Als einige Helden müde wurden...

2 - 3 Ein Kongreß, wozu ? 37

Von Erdmann Linde,
Vorsitzender des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHE)

4 Die SPD und Vietnam 41

Eine klare Stellungnahme

5 Solidarität mit den Verfolgten 30

Sie ist kein leeres Wort

6 - 7 Die Politik der Finnischen Sozialdemokratie 93

Von Pekka J. Korvenheimo, Helsinki
Informationsdirektor der Sozialdemokratischen Partei Finnlands

* * *

Eine hellwache SPD

Weder Juniorpartner noch Beifahrer

sp - Will man das Abstimmungsergebnis des SPD-Parteitages in der Nacht von Montag auf Dienstag politisch richtig werten, dann muß zunächst folgendes festgestellt werden:

- * Mit der überwältigenden Mehrheit von 259 gegen 17 Stimmen,
- * bei 4 Enthaltungen haben die Delegierten dem Parteivorstand
- * und der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion den Auftrag
- * erteilt, die in der Regierung der Großen Koalition seit Dezember 1966 auf der Grundlage der Beschlüsse des Dortmunder Parteitages von 1966 eingeleitete Politik zielstrebig
- * und kraftvoll weiterzuerfolgen.

Es geht hierbei um eine Politik der Sicherung der Arbeitsplätze, der Währung und des wirtschaftlichen Wachstums, um die Gesundung der Staatsfinanzen, die Abwehr der Gefahr außenpolitischer Isolierung, sowie um die Gewinnung außenpolitischer Handlungsfähigkeit und um eine wirklichkeitsnahe Aktivität in der deutschen Frage.

Der Parteitag stellt ferner fest, daß die Regierungserklärung der ersten mit Sozialdemokraten gebildeten Bundesregierung vom 13. Dezember 1966 der Lage entsprochen hat, in die die Bundesrepublik infolge der Politik der Regierung Erhard/Kende geraten war;

daß Bundestagsfraktion und Parteivorstand auf der Grundlage der Beschlüsse des Dortmunder Parteitages und der aus ihnen abgeleiteten Leitsätze ("Acht Punkte") für die Verhandlungen über die Teilnahme der SPD an der Regierungsverantwortung geleistet haben, was der SPD angesichts der durch das Wahlergebnis von 1965 bestimmten parlamentarischen Kräfteverhältnisse möglich war, um eine von den bisherigen Regierungsparteien CDU/CSU und FDP zu verantwortende "lange schwebende Krise, deren Ursachen sich auf Jahre zurückverfolgen lassen" (Regierungserklärung) zu überwinden. Ohne die Sozialdemokratie kann diese Aufgabe nicht bewältigt werden. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung können sich in der Regierungsverantwortung für Deutschland auf das rückhaltlose Vertrauen der Bundestagsfraktion stützen.

Der Abstimmung über die Entschließung war eine auf hohem Niveau durchgeführte Diskussion vorausgegangen, die die Sozialdemokratie mit Stolz erfüllen kann. Nichts wurde verwischt, nichts wurde verschwiegen; die Lektüre des Protokolls dieser Diskussion wird es erweisen. Hier wurde, dem Ernst der Stunde entsprechend, nicht nur die Arbeit der SPD in der Regierung der Großen Koalition gewürdigt, sondern auch gleichzeitig ein klares Bekenntnis zu der von Willy Brandt in seiner großen Rede gewoffenen Feststellung abgegeben, daß die Sozialdemokratie bereit ist, die volle Verantwortung für die Führung der Nation zu übernehmen.

Dieser Entscheidung war eine Abstimmung vorausgegangen, durch die noch einmal gebilligt wurde, daß Parteivorstand, Parteirat, Kontrollkommission und Bundestagsfraktion der SPD am 28. November 1966 beauftragt wurden, in Verhandlungen zur Herbeiführung einer gemeinsam mit der CDU/CSU zu bildenden Regierung einzutreten. 173 Delegierte stimmten

für diesen Antrag, 129 stimmten dagegen; drei Delegierte enthielten sich der Stimme. Außerdem war kurz zuvor mit 147 gegen 143 Stimmen ein Gegenantrag abgelehnt worden, der nicht ausdrücklich die Billigung für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition enthielt.

Es mag für den Außenstehenden nicht leicht sein, für diese Abstimmungen eine zutreffende politische Erklärung zu finden. Kein Delegierter, der gegen den Billigungsantrag stimmte, wollte damit zum Ausdruck bringen, daß er die Bildung einer Regierung der Großen Koalition rückgängig zu machen gedenkt. Das wurde von den Delegierten, die in der Diskussion sprachen, eindeutig gesagt. Ohne Zweifel ist das Votum dieser Delegierten als unmißverständliche Warnung an die Adresse der CDU/CSU zu werten, wo man gelegentlich meint, die SPD sei ein Juniorpartner, etwa vergleichbar mit der FDP, oder ein Beifahrer, den man nach gemeinsam zurückgelegter Wegstrecke abschütteln könnte.

Diese Warnung ist deutlich. Sie demonstriert den Willen der SPD zur Durchsetzung sozialdemokratischer Politik im Sinne der Zusammenarbeit mit einem Partner, der sich daran gewöhnen muß, in ihr die völlig gleichberechtigte und gleichwertige Kraft der deutschen Demokratie zu sehen. Das ist eine hellwache SPD, die gemeinsam mit der Führung zu dem bei der Regierungsbildung gegebenen Wort steht und erwartet, daß der Partner in der Regierung mit der gleichen Loyalität und der gleichen Redlichkeit jene Vereinbarungen einhält, die getroffen wurden, um die in eine schlimme Situation geratene deutsche Demokratie wieder stabil und aktionsfähig zu machen.

+ + +
Frau Präsident!

Als einige Helden müde wurden...

sp - Mit erstaunlicher Geduld und großer Energie meisterte am Montag bis nach Mitternacht der Präsident des Bundesparteitages, MdB Annemarie Renger, die Debatte über die Entschlüsse zur sozialdemokratischen Politik in der Regierung der Großen Koalition.

Als einige Helden schon müde wurden, saß Annemarie Renger frisch und munter, lächelnd und gelassen, auf ihrem Präsidentenstuhl, sparsam die Glocke rührend. Wer etwa geglaubt hatte, diese Frau könnte dem wogenden Auf und Ab der Diskussion nicht Herr werden, mußte sich bald eines Besseren belehren lassen. Auch als der Abend zur Nacht wurde, als gelegentlich starke Worte fielen und vorübergehend Erregung die Gemüter erhitzte, blieb Annemarie Renger ruhig. Mit fester Hand, aber doch geschickt einlenkend, steuerte sie das Schiff des Parteitages zur Entscheidung.

So wurde Annemarie Renger in dieser Nacht für viele männliche Delegierte zum lebendigen Gegenbeweis für die oft leichtfertig gesäuerte Meinung, "Frauen können so etwas nicht".

Annemarie Renger hat es gekonnt.

+ + +

Ein Kongreß, wozu?

Von Erömann Linde,

Vorsitzender des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB)

Sicherlich wird der "Kongreß der jungen Generation", den Willy Brandt gestern anregte, nicht die Aufgabe haben können, nur die Frage zu beantworten, ob "die jungen Leute für den deutschen Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung, für einen modernen und sozialen Bundesstaat" eintreten. Die Antworten auf diese Frage liegen schon seit Jahren vor, jeder Schüler- oder Studentenkongreß hat immer wieder diese Frage eindeutig bejaht.

Der "Kongreß der jungen Generation" muß eine andere Aufgabe haben; er kann nicht wie die früheren Jugendkongresse der Partei eine Selbstdarstellung der sozialdemokratischen Jugendverbände sein. Auf dem kommenden Kongreß wird die SPD, und ganz besonders der Veranstalter der Parteivorstand, die Fragen der jungen Generation beantworten müssen. Ein großer Teil der Fragen liegt heute schon auf dem Tisch:

- * Welchen Beitrag leistet die SPD und die von ihr mitgetragene Bundesregierung zur Beendigung des Krieges in Vietnam?
- * Wie übt die SPD Solidarität mit den antikolonialistischen und nationalen Befreiungsbewegungen in der "Dritten Welt"?
- * Wann macht die SPD Ernst mit der Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung?
- * Wann macht die SPD Ernst mit der Demokratisierung der Schulen und Hochschulen?
- * Wo ist das Konzept der SPD zur Schul- und Hochschulreform?
- * Welche Vorstellungen hat die SPD für ein europäisches Sicherheitssystem?
- * An welchen Notstandsgesetzen arbeitet die SPD mit?
- * Wie schützt die SPD das Demonstrationsrecht und Demonstranten vor Übergriffen des Staates und der Polizei?

Der Fragenkatalog ist beliebig lang fortzusetzen; jeden Tag wird er um entscheidende Fragen verlängert, und ganz sicher wird der Kongreß nicht in traditionellen Bahnen verlaufen. Es muß ein Kongreß der Diskussion sein. Keine langatmigen Referate dürfen die Zeit und Intensität der Diskussion verkürzen. Nur wer bereit ist, sich a l l e n Diskussionswilligen zu stellen, wird einen solchen Kongreß attraktiv machen.

Niemand darf den Verdacht aufkommen lassen, unter Berufung auf vergangene Unstimmigkeiten sich um die Diskussion mit der vielbeschwo-
renen kleinen radikalen Minderheit, sofern sie diskussionswillig ist, zu drücken. Ein e i n m a l i g e r Kongreß der Diskussion mit der jungen Generation würde in einem leeren Saal stattfinden. Vor und nach dem Kongreß muß die Partei überall unter Beweis stellen, daß sie diskussionsbereit und diskussionsfähig ist.

Und wenn zum Beispiel die Parteiausschlüsse junger Genossen der eigenen Partei in Berlin und Baden-Württemberg nicht zur Debatte gestellt werden, so setzen sich die Veranstalter des geplanten Kongresses dem Verdacht aus, sie wollten nicht über die Probleme der eigenen Partei mit jungen politisch interessierten Menschen sprechen.

Auch gehört es zur Vorbereitung auf das Gespräch mit der jungen Generation, daß man alte Versprechen einlöst. In dem langen Gespräch zwischen AStA-Vertretern der deutschen Hochschulen und dem Parteipräsidenten nach dem 2. Juni 1967 hat Willy Brandt versprochen, die Studentenvertreter zu Hearings über die Notstandsgesetze einzuladen. Weder ist das bis heute geschehen noch hat die SPD irgendwo den versprochenen Beitrag zur Demokratisierung der Hochschulen geleistet. Die Vorbereitungen für den angekündigten "Kongreß der jungen Generation" beginnen schon auf dem Nürnberger Parteitag. Wer hier den Willen zeigt, die Impulse der jungen Generation aufzunehmen, legt den Grundstein für das Gelingen der großen Diskussion.

+ + +

Die SPD und Vietnam

Eine klare Stellungnahme

sp - Der Nürnberger Parteitag der SPD hat aufgrund vieler Anträge eine wohlabgewogene und schon lange erwartete Stellungnahme zum Krieg in Vietnam abgegeben, an deren klarer Aussagekraft es nichts zu deuteln gibt. Auch darüber gab es auf dem sonst so diskussionsfreudigen Parteitag keine Auseinandersetzungen. Die Stellungnahme zum Krieg in Vietnam spiegelt die Empfindungen innerhalb der Sozialdemokratie, der jungen Generation und wohl auch des allergrößten Teiles unseres Volkes wieder. Das Lebensinteresse des vietnamesischen Volkes verlangt Waffenruhe und Frieden als Voraussetzung zur Selbstbestimmung. Dazu bedarf es der Bereitschaft aller Beteiligten, auf militärische Lösungen zu verzichten und politische Regelungen anzustreben.

Die Sorge um die weltweiten Auswirkungen der vietnamesischen Tragödie hat weltweite Ausmaße angenommen. Es sind gerade die jungen Menschen, die sich hier engagieren und zum Protest aufgerufen fühlen. Die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam liegt im gebieterischen europäischen und deutschen Interesse. Es kann keinen Fortschritt auf dem Gebiet der Abrüstung geben und auch keine Weiterentwicklung von Ansätzen zu einer europäischen Friedensordnung, wenn sich die Energien der Weltmächte in nicht mehr zu kontrollierenden Verstrickungen verwickeln.

Aber auch das besagt die Stellungnahme der SPD: Wer in Zusammenhang mit dem furchtbaren, das Gewissen aufrüttelnden Geschehen in Vietnam die Vereinigten Staaten einseitig in den Anklagezustand erhebt und von ihnen die bedingungslose Kapitulation fordert, erweist den Bemühungen um die Wiederherstellung des Friedens den allerschlechtesten Dienst, ja, er macht sie zunichte. Die Bereitschaft zum Kompromiß muß auf **b e i d e n** Seiten vorhanden sein, ohne diese ist ein Ende der Tragödie nicht abzusehen. Der Krieg in Vietnam gibt manchmal den willkommenen Anlaß, antiamerikanische Ressentiments aufzufrischen, und sie wissen wohl, was sie damit tun. Noch immer braucht ein Europa, das noch nicht zu sich selbst gefunden hat, den militärischen Schutz der USA, und wir Deutschen brauchen eine ohne die USA nicht denkbare solide Westpolitik, soll unsere auf Verständigung mit den östlichen Nachbarn ausgerichtete Ostpolitik Früchte tragen.

Für humanitäre Hilfeleistungen für **b e i d e** Teile Vietnams sind keine Grenzen gesetzt. Hier darf es auch ideologische Hemmungen nicht geben. Auch hier bleibt tätige Solidarität mit dem leidenden und gequälten Volk von Vietnam die für uns einzige Möglichkeit, das Wollen und die Hoffnungen der Deutschen wirksam zur Geltung zu bringen. Dies kann wohl von niemandem als einseitige Parteinahme empfunden werden.

Solidarität mit den Verfolgten

Sie ist kein leeres Wort

sp - Unter den 951 Anträgen, die dem Parteitag eingereicht wurden, befindet sich ein Antrag besonderer Art. Er stammt von dem Ortsverein Bredenbek im Bezirk Hannover und beschäftigt sich nicht mit den Fragen der "großen Politik". Die Antragsteller bewegte das Schicksal der Verfolgten unserer Zeit, die wegen ihrer demokratischen Gesinnung von den Machthabern eingekerkert, gefoltert oder ins Exil getrieben wurden - ein Los, das während der Hitlอร์ดiktatur ungezählten Gegnern des Nationalsozialismus beschieden war. Auch die kommunistischen Regime der Nachkriegszeit übten sich in den Methoden des Terrors und der Unterdrückung und fügten ihren demokratischen Widersachern viel Leid zu. Der Antrag lautet:

- * "Es wird eine internationale Solidaritätsmarke geschaffen. Diese Sondermarke hat den Wert von einer DM und ist von jedem Mitglied mindestens einmal im Jahr zu erwerben."

In der Begründung heißt es:

- * "Wir halten es für gut und nützlich, jedem einzelnen Mitglied unserer Partei über den Rahmen örtlicher Betätigung hinaus immer wieder vor Augen zu führen, daß wir in einer Partei sind, deren Solidaritätsaktionen weltumspannend sind."

Der Parteitag hat sich diesen von edler Gesinnung und bester sozialdemokratischer Tradition zeugenden Antrag zu eigen gemacht und insofern erweitert, von der Pflichtmarke abzugehen und die Hilfe nach oben und nach unten unbegrenzt zu lassen. Es gab darüber keine Diskussion. Seine einstimmige Annahme ehrt die Antragsteller und die ganze SPD, die in ihrer langen und ruhmreichen Geschichte manchen Verfolgungen ausgesetzt war und erfuhr, was die Macht der Solidarität bedeutet. Sie ermutigt die Verfolgten und Gepeinigten und gibt ihnen das Gefühl, daß sie in ihrem Kampf um Recht und Freiheit und Menschenwürde nicht allein stehen. Solidarität bleibt für Sozialdemokraten kein leeres Wort. Sie empfinden sie als Verpflichtung.

Die Politik der Finnischen Sozialdemokratie

Von Pekka J. Korvenheimo, Helsinki

Informationsdirektor der Sozialdemokratischen Partei Finnlands

Nach ihrem bedeutenden Wahlsieg bei den im März 1966 abgehaltenen Parlamentswahlen, übernahm die Sozialdemokratische Partei Finnlands (SDP) nach einer langen Oppositionsperiode die Regierungsverantwortung. Finnland hatte nun fast zwei Jahre lang eine Regierung, die auf einer breiten parlamentarischen Grundlage basiert. Die Regierung wird von mehr als drei Viertel der im Parlament vertretenen Parteien gestützt. In der Regierung sind außer den Sozialdemokraten die Zentrums- und die Volksdemokratische Partei Finnlands und eine kleine, gegen Ende der fünfziger Jahre von der Sozialdemokratischen Partei abgesplitterte Gruppierung, der Sozialdemokratische Bund der Arbeiter und Kleinbauern. Führende Regierungspartei ist die SDP.

Die Erfahrungen mit dieser Regierung sind vom Standpunkt der Sozialdemokraten aus betrachtet positiv. Die SDP ist davon überzeugt, daß die schwierigen wirtschaftlichen Probleme Finnlands nicht zu lösen möglich sind ohne eine starke, durch die große Majorität des Parlaments gestützte Koalitionsregierung. Es versteht sich von selbst, daß die jetzige regierungspolitische Richtung in keiner Beziehung ein Abweichen von der Linie der Freiheit und den Grundsätzen und Methoden parlamentarischer Demokratie bedeutet.

Während dieses niedergeschrieben wird, führt man in unserem Land Verhandlungen zur Bildung der neuen Regierung, was aktuell wurde, da der Präsident der Republik, Urho Kekkonen, am 1.3.1968 seine III. Amtsperiode antrat. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß der regierungspolitische Kurs Finnlands in seinen wesentlichen Zügen fortgesetzt werden wird. Es sind kaum Änderungen hinsichtlich der parlamentarischen Grundlage der Regierung zu erwarten.

Außenpolitisch war die Finnische Sozialdemokratie bestrebt, über die Regierung die traditionelle Neutralitätslinie Finnlands zu festigen. Dieses Bestreben war auch der entscheidende Grund dafür, daß die Partei bei den Wahlen für den Präsidenten der Republik 1968 für die Wiederwahl Dr. Urho Kekkonens eintrat. Die SDP hat zu allen Zeiten alle diejenigen Bestrebungen unterstützt, deren Ziel es ist, die Neutralitätsstellung des Landes zu stärken und damit auch die Förderung des Friedens und der Sicherheit, insbesondere Nordeuropas. Schon jetzt kann man sagen, daß die Beteiligung der SDP als führende Partei der Regierung in bedeutender Weise die internationale Stellung Finnlands gefestigt hat. Dies hat auch Dr. Urho Kekkonen kürzlich in einer seiner Reden festgestellt.

Innerhalb der internationalen Sozialdemokratie hat die SDP für ihren Teil danach gestrebt, die Zusammenarbeit mit den Bruderparteien zu intensivieren. Wir sehen in der Sozialistischen Internationale ein wertvolles und wichtiges Forum der Zusammenarbeit, dessen große Möglichkeiten Einfluß ausüben auf die Stärkung der sozialdemokratischen Ideen sowohl in Europa als auch anderswo in der Welt.

Mit Hinblick auf eine Verstärkung der Sicherheit Europas erachtet es die finnische Sozialdemokratie als wichtig, auch Kontakte auf Parteebene zu osteuropäischen Ländern zu eröffnen, besonders zur Sowjetunion. Die aus der Zeit des Kalten Krieges herrührende erstarrte Denkweise sollte nach Auffassung der SDP im wesentlichen schon Geschichte sein. Unseres Erachtens dienen jene Kontakte - wie wir der Sozialistischen Internationale im vorigen Jahr mitteilten - den Interessen der Sozialdemokratie. Wir sind auch schon so weit vorangekommen, daß in Kürze eine Delegation der SDP die Sowjetunion besuchen wird. Dabei haben wir die nutzbringende Gelegenheit, Meinungen über aktuelle internationale Fragen auszutauschen, unsererseits sozialdemokratische Einstellungen zu erläutern sowie verschiedene Auffassungen und möglicherweise herrschende Mißverständnisse zu klären.

Wir sind besonders darüber zufrieden, daß man auch in internationalen sozialdemokratischen Kreisen den Beziehungen zwischen dem internationalen Kommunismus und der Sozialdemokratie positive Beachtung gewidmet hat. Ein Beweis dafür war der vom Rat der Sozialistischen Internationale auf seiner im vergangenen Herbst abgehaltenen Konferenz gefaßte Beschluß, eine Kommission zur Behandlung dieser Sache einzusetzen.

Die Beziehungen zwischen der SPD und SDP waren stets vertrauensvoll und gut. Es ist vom Standpunkt der historischen Entwicklung aus sehr bedeutungsvoll, daß die finnische Sozialdemokratie in ihren Anfängen die Haupteinflüsse gerade aus Deutschland empfing.

Augenblicklich verfolgen wir mit besonders großem Interesse die Entwicklung der deutschen Bruderpartei als zweite Regierungspartei des Landes. Wir sind uns der vielen innen- und außenpolitischen Probleme bewußt, die die Große Koalition beschäftigen. Außenpolitisch hat die SPD zahlreiche derartige Vorschläge zur Sicherheitsfrage Europas unterbreitet, denen die finnische Sozialdemokratie vorbehaltlos zustimmen kann. Wir sind zufrieden darüber, daß der Anteil der SPD an der Politik der Bundesrepublik angewachsen ist.

Ich bin mir dessen sicher, daß die Beziehungen der SPD und SDP auch in Zukunft dieselben bleiben werden, wie sie jetzt sind: enger und gut. Wir wissen, daß dies auch der aufrichtige Wunsch der deutschen Sozialdemokratie ist, was beispielsweise aus den Finnlandbesuchen Willy Brandts und Herbert Wehners im letzten Jahr hervorging. Beide genossen in unseren Lande großes Ansehen.

Es ist natürlich, daß unsere Parteien nicht in allen Fragen den gleichen Standpunkt vertreten können. Dessen ungeachtet, daß die Grundziele die gleichen sind, gibt es gewisse internationale Probleme, hinsichtlich welcher unsere Lösungsalternativen voneinander abweichen. So hat es sich in Fragen der Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteien immer verhalten, denn die sozialdemokratische Partei eines jeden Landes ist abhängig von seiner nationalen Tradition, seiner geo- und militärpolitischen Lage sowie der eigenen, als am besten erachteten außenpolitischen Lageeinschätzung. Diese Tatsache hat auch auf die Beziehungen zwischen der SPD und SDP ihren Einfluß. Es ist jedoch angebracht zu betonen, daß dies eine ständige Zusammenarbeit weder behindert hat noch behindern wird.